

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 15 (1995)
Heft: 29

Artikel: Chancen des direktdemokratischen Kleinstaates : zum linken EU-Optimismus
Autor: Ruppen, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651964>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Chancen des direktdemokratischen Kleinstaates

Zum linken EU-Optimismus

Manche Argumente derjenigen Linken, die sich heute engagiert für einen EU-Beitritt der Schweiz einsetzen, lassen sich im allgemeinen auf zwei strategische Einschätzungen zurückführen: Zum einen hat sich die Wirtschaft globalisiert. Es braucht eine grossräumige, staatliche Organisation, um effizient regulieren zu können und um das Primat der Politik zu gewährleisten. Ohne einen angemessenen „politischen Überbau“ führt der verschärfte Standortwettbewerb zu Sozialdumping. Zum anderen haben die Problemlagen oft eine grenzüberschreitende Dimension. Sie müssen entsprechend transnational angegangen werden.¹

Bei diesen beiden Einschätzungen fällt *erstens* auf, dass schnell von der Dringlichkeit internationaler Regulierung auf die Notwendigkeit der Schaffung *kontinentaler, supranationaler* Strukturen geschlossen wird. Eine der ersten Massnahmen gegen Sozialdumping (internationaler Vertrag zum Nachtarbeitsverbot für Frauen) wurde bereits vor dem ersten Weltkrieg, am 26. September 1906 in Bern, paraphiert. Pikanterweise wird diese Errungenschaft nun von der EU abgeschafft, und zwar durch einen Beschluss des EU-Gerichtshofs, der die Aufhebung dieses Verbotes durch die Gleichstellung der Geschlechter rechtfertigt.² Die Geschichte der Nachtarbeit für Frauen zeigt exemplarisch, dass kontinentale staatsähnliche Strukturen weder notwendig noch hinreichend sind, um soziale Errungenschaften zu verwirklichen. Das dichte internationale und durchaus effiziente Geflecht von internationalen Verträgen, die unterschiedliche Bereiche regeln, zeigt, dass Regierungen immer dann zum Abschluss von Verträgen fähig sind, wenn dies den jeweiligen innerstaatlich herrschenden Kräften nützt oder wenn sie durch Druck von unten dazu gezwungen werden. Wenn im Sozial- und Umweltbereich oft wirksame Regulierungen fehlen, liegt das vor allem am fehlenden politischen Willen der Regierungen und damit an den innerstaatlichen Machtverhältnissen – und keineswegs an fehlenden supranationalen Entscheidungskompetenzen.

Zweitens ist nicht nachzuvollziehen, warum und wie die Probleme, die sich durch die globalisierte Wirtschaft stellen, durch die Schaffung einer staatlichen, supranationalen Struktur in Westeuropa gelöst werden sollen. Wer glaubt, die globalisierte Wirtschaft und ihre Krisen lassen sich nur durch staatliche Strukturen bändigen, muss den Weltstaat fordern. Ob ein solcher wünschbar oder realisierbar ist, soll hier nicht diskutiert werden. Jedenfalls kann die EU nicht als ein Schritt hin zu diesem betrachtet werden. Nach dem eigenen Selbstverständnis ist die EU ausdrücklich ein Blockbildungsprojekt: Der Standort „Europa“ in der Welt soll gesichert werden im Konkurrenzkampf mit Japan und den USA,³ es müssten die „Ressourcenkriege des nächsten Jahrhunderts“ (Jacques Delors) vorbereitet werden.

Drittens fällt der abstrakte Charakter der Analysen seitens der linken

Befürworter auf. Die konkreten Machtverhältnisse der EU und deren realen Entwicklungstendenzen werden ausser acht gelassen. Es ist bekannt, dass die Wirtschaft⁴ durch Lobbies sehr gut in Brüssel vertreten ist, während andere Anliegen (Gewerkschaften, Umweltbewegungen, Friedensbewegungen, Frauenbewegung, Kleinbauern, KonsumentInnen) dort vor allem aus finanziellen Gründen völlig unterdotiert sind. 10 000 Wirtschaftslobbyisten stehen z.B. etwa 30 Umweltlobbyisten gegenüber. Dies ist nicht erstaunlich, kostet ein Lobbyist in Brüssel heute ca. 500 000 Schweizer Franken pro Jahr. Diese Verhältnisse wirken sich dahingehend aus, dass von der Kommission manchmal Vorlagen für Richtlinien und Verordnungen tel quel aus der Industrie oder deren Verbänden übernommen werden.

Viertens werden in der Schweiz seitens der „europäischen Linken“ keine konkreten Vorschläge vorgelegt, wie die Arbeitslosigkeit und Armut im europäischen Wirtschafts- und Sozialraum eingedämmt werden sollen. Es hat deshalb wenig Sinn zu behaupten, diese Probleme könnten in einem Grossraum Europa besser gelöst werden als innerhalb der nationalen Territorialstaaten.

Auffallend ist, dass man für schlechtbegründete, spekulative Fernziele konkrete soziale Rückschritte in Kauf nimmt. Die schweizerische Sozialdemokratie befürwortete die Einführung der Mehrwertsteuer, die sie vorher als unsozial bekämpfte, u.a. mit dem Argument eines zukünftigen EU-Beitritts. Durch die Einführung der Mehrwertsteuer von 6,5 Prozent ergibt sich bereits heute eine Umverteilung der Steuerlasten von oben nach unten, die sich auf 2 Milliarden Franken beläuft. Bei einem EU-Beitritt der Schweiz müsste die Mehrwertsteuer auf durchschnittlich 15 Prozent erhöht werden. Konkret verfolgt die SP somit eine unsoziale Politik der Umverteilung von unten nach oben mit dem Argument, eine wirksame Sozialpolitik lasse sich nur auf der EU-Ebene durchsetzen. In der „Europa-Plattform“⁵ wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, die 15 Prozent-Mehrwertsteuer müsse sozial ausgestaltet werden, indem z.B. die Krankenkassenprämien über die entsprechenden Steuereinnahmen bezahlt werden müssten. Was von solchen Forderungen zu halten ist, hat das Verhalten der SP während der EWR-Abstimmung gezeigt. Obwohl keine der sozialdemokratischen Forderungen nach „flankierenden Massnahmen“ erfüllt wurde, trat die SPS für den EWR ein.⁶ Die Forderungen nach „flankierenden Massnahmen“ haben im europapolitischen Diskurs der SPS die politische Funktion, auf jeden kritische Einwand mit einem hier und jetzt nicht überprüfbaren Argument zu antworten.

Diese Tendenz, reale Errungenschaften für spekulative Vorteile zu opfern, lässt sich etwa auch bei der *eurotopia – Bewegung für direkte Demokratie in Europa* beobachten, besonders bei ihrem SP-Flügel, der ohne Wenn und Aber die EU-Beitrittsinitiative der „Eurojeunes“ unterstützen will. Demokratie soll in der Schweiz substantiell eingeschränkt werden, um in ferner Zukunft eine direkte Demokratie in einem „Vereinten Europa“ realisieren zu können. Von realen Bedingungen wird dabei abgesehen. Was im Kleinstaat funktioniert – mit den bekannten Verzerrungen zugunsten finanzkräftiger Interessengruppierungen –, muss im Grossstaat nicht funktionie-

ren. Skepsis diesbezüglich lässt sich durch konkrete Überlegungen begründen. Heute muss in der Schweiz für das Zustandekommen einer Initiative rund 2 Franken pro Unterschrift investiert werden. *eurotopia* schlägt für das Zustandekommen einer Initiative in Grosseuropa 5 Prozent der Stimmberechtigten vor.⁷ Dies würde für Grosseuropa die Sammlung von 20 bis 40 Millionen Unterschriften bedeuten. Eine Initiativgruppe müsste somit 40 bis 80 Millionen Franken aufbringen, nur um die Unterschriften zu sammeln. Hier könnte eingewendet werden, in einem grösseren Raum von Wahlberechtigten könnten potentiell auch mehr Leute eine Initiative unterstützen. Dieses Argument übersieht, dass mögliche Sympathisanten auch erreicht und informiert werden müssen. Es braucht ein erhebliches Startkapital, um überhaupt politisch wahrgenommen zu werden und dadurch die Spendenbereitschaft zu aktivieren. Das Startkapital steigt mit der Grösse des politischen Raumes der Wählerschaft.

Andreas Gross, SP-Nationalrat, GSoA-Aktivist und *eurotopia*-Vordenker, pflegt in diesem Zusammenhang die Bereitstellung öffentlicher Mittel für BürgerInnen-Initiativen zu fordern: bezahlter Urlaub für politische Tätigkeiten, Flugtickets für politische Reisen, Anrecht auf die Übersetzung von Texten usw. Es gelang in der Schweiz bis heute nicht, im Rahmen relativ intakter Institutionen solche Demokratisierungsinstrumente durchzusetzen; entsprechend unrealistisch muten diese und andere basisdemokratische Vorschläge in Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft an.⁸

Ebenso ist die optimistische Einschätzung eines verfassungspolitischen „Integrationspotentials“ (A.Gross) kritisch zu beurteilen. *Eurotopia* offeriert Bürgerinnen und Bürgern, die hinsichtlich der EU berechnete demokratiepolitische Bedenken hegen, eine Scheinalternative und unterstützt dadurch faktisch die Entdemokratisierung in der Schweiz durch die Verlagerung der politischen Konzentration auf eine zukünftige Beteiligung am EU-Integrationsprozess, den sie für reformierbar hält.

Es gibt Alternativen zur EU-Integration. Dabei gilt es nach einem Reformprojekt Ausschau zu halten, das die Vorteile internationaler Zusammenarbeit ohne die Nachteile der EU-Integration aufweist: Die bestehenden Territorialstaaten müssen in der Tat demokratisiert und dezentralisiert werden. Randregionen sollten die Kompetenz erhalten, mit den Randregionen angrenzender Staaten in den eigenen Kompetenzbereichen zu kooperieren. Dabei müsste die Menge der jeweils kooperierenden Staaten durch die gemeinsame Problemlage und nicht durch euronationale Vorstellungen und Machtinteressen bestimmt werden. Die NGO's sollten ihre Zusammenarbeit zusätzlich intensivieren, um die Regierungen in ihren Ländern für Problemlösungen unter Druck zu setzen.

Auf diese Art sollte ein dichtes internationales Regelwerk geschaffen werden, dass Öko- und Sozial-Dumping durch Mindestnormen bezüglich Arbeitszeit, Sozialausgaben, Umweltsteuern usw. verhindert, ohne dass den einzelnen Staaten dadurch Vorreiterrollen verboten werden. Die Mindeststandards könnten in der geschichtlichen Entwicklung angehoben werden

und dürften nicht zur Benachteiligung der Länder des Trikonts missbraucht werden. Durch neue Formen internationaler Zusammenarbeit würde ein friedensförderliches dichtes Netz von Beziehungen auf unterschiedlichsten Ebenen entstehen, wodurch die Staaten *nach innen und nach aussen* eingebunden wären. Demgegenüber stellt die Wunschvorstellung von der „EU als Friedensprojekt“ eine Reproduktion traditionellen staatlichen Denkens auf höherer Ebene dar. Wie bei der Bildung der Nationalstaaten soll Befriedung im Innern durch die Schaffung eines starren Blockes, der sich in Konkurrenz mit andern Blöcken befindet, gesichert werden.⁹

Die internationalen Beziehungen sind zu demokratisieren. Theresa Herzog-Zimmermann macht dazu im Bulletin der SGU 1/95 einige interessante Vorschläge: Sie fordert auf der Ebene des einzelnen Staates: (I) Prinzip der Öffentlichkeit und des Rechtes auf Information statt bisheriger Geheimhaltungspflicht der Verwaltung; (II) Pflicht der Behörden zu frühzeitiger umfassender Information; (III) Zugänglichkeit aller offiziellen Papiere wie Verhandlungsmandate und Mitberichte; (IV) breite Vernehmlassungsverfahren mit Berichterstattung und Transparenz über den Einbezug der Vernehmlassungsantworten; (V) Einsetzung von Diskussionsforen, in denen die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen artikuliert werden können (z.B. ausserparlamentarische Kommissionen); (VI) Initiativrecht für das Einbringen von Vorschlägen und Anträgen auf internationaler Ebene; (VII) Beteiligung von NGO-Vertretern in den Verhandlungsdelegationen; (VIII) Verpflichtung der Exekutive, sich auf internationaler Ebene für Partizipationsrechte der Bevölkerung einzusetzen. Auf der internationalen Ebene fordert sie: (IX) Zugang zu allen offiziellen Dokumenten und Vorbereitungspapieren; (X) Teilnahme- und Rederecht an allen Vorbereitungssitzungen mit einer eigenen NGO-Delegation; (XI) Empfehlung zur Aufnahme von NGO-VertreterInnen in die nationalen Delegationen.

Das hier vorgeschlagene Modell der *Demokratisierung internationaler Beziehungen* weist den Vorteil auf, dass es die grösstmögliche, dezentrale Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechtspolitik erlaube. Die Handlungsfreiheit der politischen Gebilde und Instanzen wird nicht eingeschränkt, wie dies etwa im eurotopia-Modell der Fall ist. Die Entscheidungszentren liegen für alle in Reichweite und es gibt realistisch die Möglichkeit, am Entscheidungsprozess zu partizipieren.

Kleinstaaten sind bei demokratischer, dezentraler Organisation für eine soziale Verteilungspolitik *geeigneter* als grossräumige Staaten. Bekanntlich führt der Markt nicht zu einer gerechten Einkommensverteilung. Staatliche oder andere Verteilungsmechanismen (Sozialversicherungen, Gesamtarbeitsverträge, Förderung von Randregionen und Nicht-Profit-Organisationen) bleiben notwendig, um hier korrigierend einzugreifen. Staatliche Umverteilung ist allerdings selbst ein Spielball von Interessen. Offensichtlich ist das Gewicht einer Interessengruppe u.a. von der Anzahl der organisierten Individuen (relativ auf die Gesamtbevölkerungszahl) und deren finanziellen Ausstattung (relativ auf das Bruttosozialprodukt) abhängig. Wir nehmen an, es gebe für jede Gesellschaft eine Schwelle, die das Gewicht

einer Interessengruppe erreichen muss, damit die Interessengruppe wahrgenommen und berücksichtigt wird. Zudem sei diese Schwelle für jede Gesellschaft relativ auf deren Grösse die selbe. Unter diesen Voraussetzungen gilt nun offensichtlich: Wenn der Staat kleiner ist, sind die Interessengruppen, die sich Gehör verschaffen können, ebenfalls kleiner.¹⁰ Dies führt *bei entsprechenden* Kräfteverhältnissen zu einer feingliedrigeren Verteilungspolitik des Staates.

Gegenwärtig haben die einzelnen Nationalstaaten im Umfeld internationaler Kapitalströme keinen grossen wirtschaftspolitischen Spielraum. Will der Staat z.B. durch eine Zinssenkung die Investitionen fördern, um Arbeitsplätze zu schaffen, läuft er Gefahr, eine Abwanderung des Kapitals zu verursachen. Die Folgen politischer Massnahmen können entsprechend kontraproduktiv sein. Solche Beispiele werden oft als Argumente für die Notwendigkeit des EU-Beitritts herbeigezogen. Allerdings wird der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum der Staaten durch den EU-Binnenmarkt erst recht eingeschränkt (Konvergenzkriterien, Einheitswährung).

Die EU-Integration bringt somit keine Lösung. Vielmehr müsste der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum der Staaten durch eine Reform des Weltwährungssystems wieder erhöht werden. J.M. Keynes hat 1944 bei den Bretton-Woods-Verhandlungen ein entsprechendes Modell vorgeschlagen, das damals sogar die grosse Mehrheit der Staaten hinter sich scharen konnte. Sein Vorschlag, der zur offiziellen britischen Position avanciert war, scheiterte am Veto der Grossmacht USA. Keynes Reformvorschläge wurden seither wieder aufgenommen und weiterentwickelt; sie stellen durchaus realistische Perspektiven dar, die endlich diskutiert werden müssten.¹¹

In Anbetracht der wachsenden EU-Skepsis in fast allen EU-Ländern und der Tatsache, dass die EU sich als unfähig erweist, die dringenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Westeuropa zu lösen, könnte die Schweiz eine neue Rolle spielen, indem sie versuchte, aktiv die skizzierte Alternative zur EU zu vertreten. Dem Vorwurf der EU, in Europa free-riding zu betreiben, könnte die Schweiz entgehen, indem sie eine grosszügige Friedens- und Entwicklungspolitik betriebe. Es wird zwar schwierig sein, dafür in der Schweiz entsprechende Mehrheiten zu erringen und politische Machtverhältnisse herzustellen. So „realistisch“ wie die Vision einer EU-Reformierung oder eines direktdemokratischen Grosseuropas wäre dies aber allemal. Unterbreitete man eine solche politische Alternative als Weg zur Bewahrung grösstmöglicher direktdemokratischer Selbstbestimmung, sollten sich dafür selbst in der Schweiz Mehrheiten finden lassen. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre allerdings, dass die Sozialdemokraten und die

Gewerkschaften sich auf ihre sozialen und demokratischen Traditionen zurückbesinnen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. z.B. Hans Baumann, 1994: Deregulierung oder „Re-regulierung“? In : Europa Magazin, 4/94, Postfach 1883, 8048 Zürich.
- 2 Corinne Gobin, 1994: La Cour de justice pour le travail de nuit des femmes. In: Manière de voir 22, Le monde diplomatique, Paris.
- 3 Kommission der EG, 1993: Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung. Weissbuch, Brüssel/Luxemburg, Seite 54.
- 4 Dies gilt übrigens auch für die Schweizer Wirtschaft. So sind etwa die Schweizer Konzerne Hoffmann-La Roche und Nestlé im sehr einflussreichen „Europäischen Industriekreis“ (Round Table of European Industrialists) vertreten. Das Binnenmarkt-Projekt (acte unique) wurde von diesem Kreis angeregt, wobei dessen Vorschläge beinahe tel quel übernommen wurden.
- 5 Europa-Plattform: Für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa. Zusammen mit der Schweiz. Positionspapier der Geschäftsleitung der SP Schweiz vom 12. Mai 1995.
- 6 „Die SP-Fraktion hat bereits bei der Behandlung des EWR-Abkommens und der Eurolex eine ganze Reihe von begleitenden, innenpolitischen Reformen vorgeschlagen, für die sie im bürgerlich dominierten Parlament allerdings keine Mehrheiten fand“ (Europa-Plattform, Seite 6).
- 7 Eurotopische Vorschläge für demokratie- und föderalismuspezifische Bestimmungen in der europäischen Verfassung, 16.3.1994. eurotopia, Postfach 6006, 3001 Bern. Eine überarbeitete Fassung erscheint in: R.Erne (Hg.), 1995: Demokratie transnational. Zürich.
- 8 Für eine detaillierte Kritik an der eurotopia-Idee siehe: Paul Ruppen, Eurotopia – wünschenswerte Utopie? In: Europakardiogramm, 3/94, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien.
- 9 Siehe: Johan Galtung, 1993: Eurotopia. Die Zukunft eines Kontinents. Wien, Promedia.
- 10 Diese Überlegung stellt nur einen der diesbezüglichen Faktoren dar. Die Verteilung hängt von unterschiedlichen zusätzlichen Einflüssen ab. Die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft etwa wirkt sich vermutlich negativ auf die Einkommensverteilung aus, da im Überfluss der Druck auf Verteilungsgerechtigkeit sinkt (Schweiz!). Direkte Demokratie wird sich positiv auswirken, da Interessengruppierungen sich besser einbringen können. Über das unterschiedliche Gewicht der verschiedenen Faktoren könnte u.U. eine Regressionsanalyse Aufschluss geben.
- 11 Ein solches Modell wird z.B. vorgeschlagen von Paul Davidson, 1992: International Money and the Real World. London, McMillan.